

KIRCHENUNION UND ÜBERGANG IM GERICHTSWESEN IM NEU EROBERTEN SIEBENBÜRGEN

Der Prozess von Gabriel Nagyszegi und János Sárosi*

*Megjelenés alatt, in: Neuaufbau im Donauraum nach der Türkenzeit. Hg. v. András Oross.
Wien, 2020. (Publikationen der Ungarischen Geschichtsforschung in Wien, XIX.)*

Im Zuge des Großen Türkenkriegs (1683–1699) erfolgte eine Umstrukturierung der Machtverhältnisse in Südosteuropa, sodass das unter osmanischem Einfluss stehende Fürstentum Siebenbürgen am Ende des 17. Jahrhunderts unter die Herrschaft des Hauses Habsburg geriet. Die Integration der neuen Provinz war mit einer katholischen Expansion verbunden.¹ Um die protestantische Dominanz entgegenzuwirken, wurden unterschiedliche Maßnahmen getroffen, von denen die Vereinigung der orthodoxen Bevölkerung Siebenbürgens mit der römischen Kirche hervorzuheben ist. Im Zuge des zwischen 1697 und 1701 abgelaufenen Vorgangs schlugen Ansichten und Absichten von Rom, Wien, der siebenbürgischen katholischen und protestantischen Elite, der Jesuiten bzw. der orthodoxen kirchlichen und weltlichen Vorgesetzten der Region zusammen.² Die erste wichtige Station des Vorgangs erfolgte im März 1697, als Bischof Theophil eine Unionsdeklaration unterschrieb.³ Am 16. Februar 1699 wurde von Kaiser Leopold I., als Ergebnis der Verhandlungen, ein Unionsdiplom für 'Walachen',⁴ Griechen, Ruthenen in Ungarn, Kroatien, Slawonien und Siebenbürgen erlassen, was auch der Siebenbürgischen Regierung zugesandt und im September im Siebenbürgischen Landtag verkündet wurde. Nach der kaiserlichen Ernennung zum Bischof der siebenbürgischen Walachen (19. März 1701) und einer neuen Weihe in Wien bzw. der Genehmigung von Rom wurde der neue Bischof Athanasius Anghel am 25. Juni 1701 in Weißenburg (Gyulafehérvár/Alba Iulia) feierlich eingesetzt.⁵ Die drastische Veränderung der konfessionellen Verhältnisse rief die Widersinnigkeit der reformierten Kirche bzw. der protestantischen Elite Siebenbürgens hervor. Denn die den unierten Popen angebotene Privilegien bedrohten mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen, die für den protestantischen, besonders den reformierten Adel nachteilig wirkten. Als Ergebnis ihrer Gegenschritte wurde am 14. April 1698 ein kaiserliches Dekret erlassen, das für die Walachen eine freie Wahl von den vier anerkannten Konfessionen ermöglichte und dadurch den Weg zur Union mit einer der drei siebenbürgischen protestantischen Kirchen eröffnete, aber auch die Beharrung bei der Orthodoxie erlaubte. Außerdem wurden im Dekret für die unierten Popen die Rechte

* Die Fertigstellung des Beitrags ermöglichte das Nationale Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsbüro – NKFIH im Rahmen des Projekts PD 121235. Die Recherchen im Österreichischen Staatsarchiv wurden mit der Unterstützung des Collegium Hungaricum Stipendiums 2018 durchgeführt.

¹ Vg. dazu: BÍRÓ, 2007, 117–133.

² Vgl. zusammenfassend: SUTTNER, 2008; GYÁRFÁS, 2007; I. TÓTH, 1998; VRIES, 1963. – Neuere deutschsprachige Literatur zum Thema: MARTE – IONIȚĂ – MĂRZA – STANCIU – SUTTNER, 2010; MARTE – IONIȚĂ – RAPPERT – STANCIU – SUTTNER, 2015.

³ Text der Deklaration: NILLES, 1885, 169–170. – In der neuen Literatur wird auf mögliche Beweggründe von Theophil aufmerksam gemacht: der Einfluss des Jesuiten Pál Baranyi, die Verwicklung Theophils in die wirtschaftlichen Transaktionen der siebenbürgischen Aristokratie bzw. sein schlechtes Ansehen beim walachischen Woiwoden und beim walachischen Bischof. NAGY, 2018, 625–628.

⁴ Die Benutzung dieses Begriffs im Text basiert auf den zeitgenössischen lateinischen Quellen und bedeutet im Kontext siebenbürgische Rumänen.

⁵ VRIES, 1963, 157–159, 170–176.

der Pfarrer der jeweiligen Konfession ermöglicht. Demgegenüber wurde einige Monate später (2. Juni 1698.) vom Primas Leopold Kollonich eine Urkunde ausgefertigt, das diese Begünstigungen nur im Fall einer Union mit den Katholiken versicherte.⁶ Überdies hat das Hauptkonsistorium der Reformierten im November 1700 für walachische Popen aus dem Komitat Hunyad einen Schutzbrief ausgestellt, damit diese weiterhin der reformierten Kirche gehören.⁷ Ein weiterer Schritt der Reformierten, von Gubernator György Bánffy, Kanzler Miklós Bethlen und Gubernialrat István Nalácz, war die Unterstützung des filokalvinistischen Bischofskandidaten namens Johann Czirka (Ioan/Iov Țirca).⁸ Der Prozess der Union mit der katholischen Kirche wurde auch von den orthodoxen Laien aus der Gegend von Kronstadt (Brassó/Braşov), Fogarasch (Fogaras/Făgăraş) und Weißenburg gehemmt. Zwei Tage nach der Installation von Athanasius, am 27. Juni 1701, formulierten die Vertreter der Orthodoxen in und um Kronstadt und Fogarasch eine Erklärung gegen die Union. Der Akt wurde vom Voivoden der Walachei Konstantin Brâncoveanu unterstützt, und war auch mit der engen wirtschaftlichen Verbindung mit der Walachei zu erklären.⁹

DER PROTEST VON GABRIEL NAGYSZEGI

Der Widerstand von Kronstadt und Fogarasch setzte sich in Weißenburg fort. Schon im Juli 1701 beklagte sich die dortige orthodoxe Gemeinde (Walachen, Griechen und Raizen) dem Siebenbürgischen Gubernium über Amtsmisbräuche von Bischof Athanasius: über die Begrenzung ihrer religiösen Praxis und die Einkerkung von Adelligen aus ihrer Gemeinde.¹⁰ Der Konflikt verstärkte sich, als im September der orthodoxe Kleinadelige Gabriel Nagyszegi aus der gleichen Gemeinde eine schriftliche Protest gegen die Union erhob. In seinem Protestbrief vom 25. September 1701 nannte er sich als gesetzliche Bevollmächtigte der Walachen in Siebenbürgen und im Partium und bezog sich auf das kaiserliche Dekret vom 14. April 1698 über die freie Auswahl der Religion. Er beklagte sich darüber, dass Bischof Athanasius ihnen ihre Kirchen genommen hat, ihre Pfarrer die Sakramente nicht spenden dürfen, und sogar ihre Toten ohne die üblichen Riten beerdigt werden müssen.¹¹ Schließlich bedroht er damit, dass sie ihre Tempel in ganz Siebenbürgen zurückerobern und dass auf ihren alten Riten beharren werden.¹² Er ließ diesen Text in vielen Exemplaren kopieren und verbreitete ihn überall im Lande, um während des nächsten siebenbürgischen Landtags eine Versammlung der Orthodoxen vorzubereiten.¹³

⁶ TRÓCSÁNYI, 1988, 63–64; I. TÓTH, 1998, 33.

⁷ SIPOS, 2012, 211–221, 212–213; NAGY, 2018, 635–636.

⁸ DOBREI, 2010; VRIES, Union, 161–163; I. TÓTH, 1998, 37–38. Zur Frage der siebenbürgischen Protestanten und der walachischen Union s. auch: GÚDOR, 2015, 479–485.; SIPOS, 2005, 27–30; NAGY, 2018.

⁹ DUMITRAN, 2015, 698–737, 705–713, 719–721, 731.

VRIES, 1963, 177–179; HURMUZAKI, 1881, 60–61.

¹⁰ NAGY, 2018, 632.

¹¹ DRAGOMIR, 1920. Anexe 1.

¹² „nos templa nostra modo praevio a nobis obsignata, ubi clausa fuerint, per totam ditionem transylvanicam reservabimus, sacrumque nostrae professionis exercitium, prout antiquitus fuit observatum practicabimus, eidem professioni constantissime adhaerebimus [...]“ Ebd.

¹³ Zu den kopierten Exemplaren fügte er folgende Zeilen eigenhändig zu: *Chari filii, ita utimini hac protestatione ut Deo et hominibus placeat, et quando erunt comitia generalia, convenient dominationes vestrae ad instandum, quo plures poterunt vestrum praecipui.* Gutachten der Kommission für Siebenbürgen und kaiserliche Resolution, 6. und 11. November 1702. ÖStA KA HKR Akten Exp. 1702 November 238 fol. 72–84.

Seine Aktion wurde vom kommandierenden General Siebenbürgens wie auch von Siebenbürgen-Experten im Wiener Hof für höchstgefährlich gefunden, was zu einem langwierigen Gerichtsprozess gegen den Protestheber Nagyszegi und den Beglaubiger des Protestbriefs, Protonotar János Sárosi führte. Obwohl dieser Doppelprozess seit dem 19. Jahrhundert in der historischen Forschung bekannt ist,¹⁴ ist eine komplexe Bearbeitung der Prozessakten und der anknüpfenden Quellen bis jetzt unterblieben. Dabei sind nicht nur die Rekonstruktion der Geschehnisse, sondern auch die Art und Weise der Ermittlung, die Meinungsäußerung der zuständigen Landes- und Zentralbehörden bzw. der wichtigsten Akteure interessant, da diese eine Konfrontation des rechtmäßigen Gerichtsverfahrens mit der politischen Zweckmäßigkeit bzw. eine Übergangsphase im siebenbürgischen Justizwesen widerspiegeln.¹⁵

DIE ERKUNDIGUNGEN DURCH DEN KOMMANDIERENDEN GENERAL RABUTIN
(OKTOBER–DEZEMBER 1701)¹⁶

Nagyszegis Protestakt wurde vom kommandierenden General Jean-Louis Rabutin de Bussy für äußerst bedrohlich angesehen, was unterschiedliche Sicherheitsmaßnahmen resultierte. Ende Oktober hat er durch die Mitwirkung zweier Gubernialräte, des katholischen Schatzmeisters István Apor und des Hermannstädter Königsrichters Johannes Sachs von Harteneck Nagyszegi verhaftet und ins Hermannstädter Gefängnis geführt. Um die Aktion der Orthodoxen zu stillen, schickte er zwei Kompanien nach Weißenburg.¹⁷

In den ersten Monaten nach der Verhaftung von Nagyszegi erfolgte eine von Rabutin gesteuerte vorgängige Untersuchung durch Mitwirkung des kaiserlichen Militärs und der Offiziere der Stadt Hermannstadt (Nagyszeben/Sibiu). Die zwischen Oktober und Dezember 1701 verfassten, bei Ferdinand Bonaventura von Harrach, dem Präsidenten der Kommission für Siebenbürgen¹⁸ eingelaufenen Berichte des kommandierenden Generals Rabutin zeigen die ersten Vermutungen des Generals bezüglich der Protestaktion und deren Beweggründe.

Anfänglich meinte der General, dass hinter der Protestaktion der reformierte Kanzler Miklós Bethlen, bzw. Ladislaus Theodorus Dindár, der Sekretär des Wallachischen Woivoden Brâncoveanu steht.¹⁹ Die schriftlichen und mündlichen Geständnisse des verhafteten Nagyszegi ließ aber ein ganz anderes Licht auf die Geschehnisse fallen. Demzufolge trat Nagyszegi nur im Namen der Weißenburger Orthodoxen auf, er

¹⁴ HURMUZAKI, 1881, 60–71; NILLES, 1885, 255–256, 244–245, 337–339; DRAGOMIR, 1920, 41–63, Anexe Nr. 1–4; DUMITRAN, Formen, 713–719.

¹⁵ Eine ausführliche Bearbeitung mit Quellenausgabe ist geplant, hier können nur die Hauptgeschehnisse und die wichtigsten Zusammenhänge aufgezeichnet werden.

¹⁶ S. ausführlich: SZIRTES, 2018.

¹⁷ DRAGOMIR, 1920, 49.

¹⁸ Die in der Literatur als „Kommission für Siebenbürgen“ (Sienell) bzw. „Siebenbürgische Konferenz“ (Trócsányi) genanntes Gremium entstand in den 1680er Jahren und bestand aus der führenden Elite der Habsburgermonarchie, vor allem aus den Präsidenten der Zentralorgane. Es beschäftigte sich auf der höchsten Stufe mit siebenbürgischen Angelegenheiten. Vgl. dazu: TRÓCSÁNYI, 1988, 29–143; SIENELL, 2001, 361–375. – In den Quellen zum Nagyszegi-Prozess kommt sie in unterschiedlichen Varianten vor: Deputation in rebus Transylvanicis, Ministerialis Deputatio in rebus Transylvanicis, Deputatio Transylvanica, Ministerialis ad res Transilvanicas ordinata Deputatio.

¹⁹ [...] herr Grafe Bethlen Miklos mit herrn Dindar unter der hand sich eüfrig bemiehen, die Wallachische Union zu zertrennen, und hierzue zum vorwandlichen Instrumentum den Gabriel Nagyszegy brauchen [...]. Rabutin an Harrach, Hermannstadt, 19. Oktober 1701. ÖStA AVA FA Harrach Kt. 292.

protestierte nur gegen den unierten Bischof und Popen und bezüglich der Union weiste er auf die Möglichkeit einer Wahl von den vier rezipierten Religionen. Der feierlich ausgestellte und versiegelte Protest enthielt aber deutliche Ergänzungen, wodurch die Bewegung bedrohlicher wirkte: hier wurde Nagyszegi als Beauftragte aller Orthodoxen von Siebenbürgen und dem Partium genannt, die ihre Kirchen Rückerobern wollen. Nagyszegi, der laut seinem Geständnis kein Latein konnte, verbreitete diesen ergänzten Text landesweit im guten Glauben, denn es wurde mit dem siebenbürgischen kaiserlichen Siegel versehen, und niemand von den Gubernialräten von seiner Protestaktion abgeraten hat.²⁰ Nach diesen Geständnissen meinte Rabutin, dass der Protest von dem unitarischen Protonotar János Sárosi *mit höchststrafflicher Maliz* ergänzt (also gefälscht) wurde, denn das Dokument wurde von ihm beglaubigt.²¹

Die nächste Episode erfolgte am 5. und 9. November 1701, als Nagyszegi vom Hermannstädter Gefängnis zwei lateinische Memoranden an Rabutin verschickte. In diesen Schriften wurde die Lage der siebenbürgischen Orthodoxen vorgestellt und unter anderen damit bedroht, dass sie wegen der religiösen Erneuerungen von dem Kaiser abfallen und an die Seite der Türken und Franzosen übertreten werden. Nagyszegi weist darauf hin, dass die siebenbürgischen Walachen die Möglichkeit haben, in die orthodoxen Nachbarländer zu übersiedeln. Des Weiteren bedroht er die Katholiken Siebenbürgens im Fall eines äußeren Angriffs und er weist auf die Notwendigkeit der Ernennung eines Leiters der siebenbürgischen Orthodoxen.²²

Rabutin meinte, dass diese neueren Bedrohungen durch Zusammenarbeit der vornehmen Protestanten, unter anderen vom Hermannstädter Königsrichter Harteneck entstanden und Nagyszegi eingeblasen bzw. diktiert wurden, um Angst zu erwecken. Er meinte, dass *die herrn 7benbürger auf nichts mehrers gedenckhen, alß den außgang der Wällischen [Walachischen] Conjuncturen, zuerwarthen, welhe wan sie ýbl [...] außschlageten, die hierinige seditiose [faktiöse] Köpffe der 7benbürger nicht lang ihre ýbl intentionirte gemüther an dag zugeben, warthen würden.*²³ Um diese vorzubeugen, schlug er vor: *daß man disen boßhafften Nagyzegi auß der Sübenbürger hände in einen gutten Verhafft [...] nehmete, undt so dan ihn eindtweder mit gulden, oder mit aller schärffte der tortur dahin vermögen, daß er bekhenne, wer der author aller dieser Sach, undt angespunnener so weith außsehender Conjuratation seye, undt wer ihm zu einen so seditiosen werckh angestüfftet, undt sovern er [...]die Authores nicht entdekken wolte, man ihm öffentlich [...]an leben stroffen solte [...].*²⁴

Ende November liefen bei Rabutin neue wichtige Informationen zur Bewegung ein. Es stellte sich heraus, dass Nagyszegi schon vor seiner Protestaktion sich an Iosif Stoica, den orthodoxen Bischof von Komitat Maramuresch (1690–1705) wandte,²⁵ der ihm seine

²⁰ [...] *ego admodum securus, et audax eram, putans quod cum tam solennis et sub sigillo Suae Maiestatis, ac prothonotario expediti, tantisque magnatibus communicati scripti copiarum disseminatione non peccare possim. Ego tanquam homo illiteratus, nunc etiam non intelligo protestationis contenta [...].* Geständnis von Gabriel Nagyszegi, Hermannstadt, 28. Oktober 1701. ÖStA AVA FA Harrach Kt. 292.

²¹ Rabutin an Harrach, Hermannstadt, 26. Oktober 1701; Gabriel Nagyszegi an Rabutin, [Oktober 1701]. Ebd. Beilage; Rabutin an Harrach, Hermannstadt, 30. Oktober 1701. ÖStA AVA FA Harrach Kt. 292.

²² DRAGOMIR, 1920, 50–55; Ebd. Anexe Nr. 2–3.

²³ Rabutin an Harrach, Hermannstadt, 13. November 1701. ÖStA AVA FA Harrach Kt. 292.

²⁴ Ebd.

²⁵ *Passi sumus in ecclesia nostra ruinam magnam propter unionem per Athanasium episcopum Albensem factam, qui nos ad quatuor puncta cum Romana Catholica Ecclesia tenenda cogit, quae puncta nostra omnino in se ecclesia non habet, nec admittit [...]. Quare rogamus reverendissimam dominationem consilium pro directione animarum nostrarum quam proxime ferendum [...].* [Gabriel] Nagyszegi [an Iosif Stoica], o. O., 13. September 1701. (Zeitgenössische Übersetzung aus dem Rumänischen.) Rabutin an Harrach, Hermannstadt, 23. November 1701., Beilage. ÖStA AVA FA Harrach Kt. 292.

Hilfe anbot.²⁶ Da der siebenbürgische Kanzler Miklós Bethlen auch die Stelle des Obergespanns von Maramuresch besetzte, wurde er von Bischof Stoica von dem Briefwechsel informiert. Stoica, der die Unterstützung der siebenbürgischen Protestanten genoss und die Tätigkeit von Johann Joseph De Camillis, dem unierten Bischof von Munkács (1689–1706) hinderte, bat den Obergespann um seine Beförderung gegen Anbieten eines Geschenks.²⁷ Anhand des Briefs kam General Rabutin zur Folgerung, dass Kanzler Bethlen Bischof Stoica zum Seelenhirten der siebenbürgischen Orthodoxen machen wollte: [...] *auß des Pischoffs Schreiben ist unter anderen zusehen, undt muthzumassen daß ihme der Bethlen Miklós daß hiesige Psthumb angetragen haben müesse [...]*.²⁸ Dabei hat er auf die Gefahr einer überregionalen Bewegung hingewiesen: *So ist demnach mein geringes erachten, zuglauben, daß des Nagyzezi Protestation den Effect nicht allein in Sübenbürgen, sondern in allen diesen landt angränzenden die griegische Relligion professirenden Provinzien gemacht habe, undt eines daß andere nach sich zuziehen scheint.*²⁹

Im Dezember 1701 wurde der General von István Haller, dem Präsidenten der Stände darüber informiert, dass der Protestbrief mit vorherigem Bescheid der drei vornehmen reformierten Gubernialräte Miklós Bethlen, István Nalácz und Sámuel Keresztesi verfasst wurde.³⁰

DIE UNTERSUCHUNG DURCH DIE LANDES- UND ZENTRALBEHÖRDEN (JANUAR – NOVEMBER 1702)

Trotz des breiten Kreises der Verdächtigten blieben die zwei Hauptpersonen des Prozesses Gabriel Nagyszegi und János Sárosi. Der alte Protonotar wurde infolge eines kaiserlichen Reskripts vom 12. Dezember 1701 von seinem Amt entkleidet und eingekerkert, um gegen ihn gemäß den Landesgesetzen ein Gerichtsprozess abzuführen und die Sentenz mit den Prozessakten noch vor der Vollziehung in den Hof zu schicken.³¹ Ähnlicherweise wurde am 24. Januar 1702 die Verhaftung der Gesellen von Nagyszegi verordnet.³² Nach einem Bericht Rabutins an den Hofkriegsrat vom März 1702 musste die Untersuchung von neuem angefangen werden, *weillen im anfang, niemand vom land darzue gezogen worden.*³³

²⁶ [...] *in veritate dico nullus unitus vel uniendus salvabitur, sed omnes anathemae sunt, si itaque juvamen aliquod necesse vos habueritis, accurrite ad nos, grato animo faciemus, et adjuvabimus.* Joseph [Stoica an Gabriel Nagyszegi], 20. Oktober 1701, Segin [Sziget] Ebd.

²⁷ *Reliqui Poppae, qui hactenus cum domino episcopo se non univerunt, intentiones videntes, nescientes quo confugere, quidam ex illis apud me etiam institerunt, audientes, quod in hoc comitatu adhuc Dei gratia in recta nostra religione conservati simus, forte cogitando, quod in mea praesentia abhinc ulterius etiam suam conservationem habere possint, scientes meum officium. Credo, quod nec Vallachiam, nec alios nobis similes in peregrinis regionibus requirent. Veram illustrissime domine, si etiam ad id aspirarem, absque illustritatis vestrae gratia et beneplacito tantum insufficiens sum, si illustritatis vestrae prudens beneplacitum accedet, gratiam ejusdem ab illustritate vestra tanquam supremo meo comite etiam expectabo. [...]* pro moderna mea inope conditione decem martes, et nonaginta trutas offero. Iosif Stoica [an Miklós Bethlen], Sziget, 31. Oktober 1701. Ebd.

²⁸ Rabutin an Harrach, o. O. [November 1701], Beilage zu: Rabutin an Harrach, Hermannstadt, 23. November 1701. ÖStA AVA FA Harrach Kt. 292.

²⁹ Ebd.

³⁰ Rabutin an Harrach, Hermannstadt, 11. Dezember 1701. ÖStA AVA FA Harrach Kt. 292.

³¹ MNL OL F 46 1701/290. Über die Vollziehung der Verhaftung berichtete das Gubernium dem Herrscher am 17. Januar 1702. MNL OL B 2 1702/8.

³² ÖStA KA HKR Prot. Exp. 1702. Bd. 414. fol. 35v-36r, 46r; MNL OL F 46 1701/296.

³³ ÖStA KA HKR Prot. Exp. 1702. Bd. 414. fol. 178v.

Um neue Verhöre durchzuführen, wurde ein Generalauditorleutnant namens Johann Edmund Selzer von Herbesheim nach Siebenbürgen beordert.³⁴ In seinem umfangreichen Bericht vom März 1702 verfasste er die erste ausführliche Beschreibung der Geschehnisse des Nagyszegi-Protests bzw. der Ergebnisse der in Hermannstadt durchgeführten Untersuchung.³⁵ Daraus geht hervor, dass Nagyszegi nach seiner Verhaftung auf die Anordnung von Rabutin durch den Hermannstädter Königsrichter Harteneck im Stillen mehrmals verhört wurde. Darauf folgte eine militärische Vernehmung von Nagyszegi, der Alten der Weißenburger Orthodoxen (*seinores graeci Albajulienses*), des an der Angelegenheit betroffenen Goldschmieds und der Gubernialkanzlisten. Der sich unschuldig aussagende Nagyszegi beschuldigte dabei den alten Protonotar mit der Ergänzung des Protests und wollte trotz zweimal wiederholter Folter keine Informationen über eine geplante Konspiration bzw. Verhetzung geben. Bezüglich des Verhörs von Sárosi ist Selzer auf die Hemmung des Siebenbürgischen Guberniums gestoßen. Er war der Meinung, dass ein richtiges Gerichtsurteil von Seite des Guberniums nicht zu erwarten ist, denn es wurde *niemahlen in puncto tumultuariae seditionis, rebellionis, conspirationis aut in genere laesae maiestatis, ein exempel erfahren worden, daß daß löbliche Gubernium justitz verschafft: sondern underm vorwandt processus instituendi secundum leges patrias, iede noch ahngeklagter [...] durchkommen*.³⁶ Selzer wollte deswegen alleine oder mit Einbeziehung von Deputierten des Guberniums ein Examen gegen Sárosi durchführen, was aber vom Gubernium verweigert wurde, mit einem Hinweis auf die Landesgesetze.³⁷ Selzer weist außerdem darauf hin, dass die Siebenbürger Walachen wegen ihrer großen Zahl und der Nachbarschaft bzw. Nähe der orthodoxen Walachei, Moldau und Russland sehr mächtig sind. Er fandete das Verfahren des Guberniums in dieser Angelegenheit verdächtig, da es den kommandierenden General nur langsam informierte und die zwei Hauptangeklagten nicht gleich verhaftete. So war er der Meinung, dass gerade die 'Magnaten' des Guberniums Miklós Bethlen, István Naláczi und Sámuel Keresztesi mitbeteiligt waren.³⁸ Er war der Meinung, dass man zur Wahrheit nicht näher kommen kann, solange das Gubernium gemäß der Landesgesetze vorgeht. Nach der Beschreibung der Geschehnisse formulierte der Generalauditorleutnant die wichtigsten Fragen zum Prozessverfahren, zu denen er auch seine eigene Meinung äußerte. Schließlich schlug er vor, dass, obwohl im Prozess des Aristokraten Sárosi und des Adligen Nagyszegi das Gubernium zuständig ist, die Untersuchung durch eine kaiserliche Sonderkommission durchzuführen. Selzers Bericht, mit dem auch Rabutin einverstanden war, wurde mit den beigelegten Akten am 19. März 1702 durch Rabutin an den Hofkriegsrat zugeschickt.³⁹

³⁴ ÖStA KA HKR Prot. Reg. 1702. Bd. 416. fol. 32v; HKR Prot. Exp. 1702. Bd. 414. fol. 126v–127r; ÖStA FHKA HFU Sieb., 28. Januar 1702. (Kt. 12. fol. 46–47.)

³⁵ Selzer an den Hofkriegsrat, Hermannstadt, 8. März 1702. ÖStA KA HKR Akten Exp. 1702 November 238 fol. 47–57. [ferner: Selzers Bericht]

³⁶ Selzers Bericht 52v.

³⁷ Vgl. auch: Das Gubernium an Selzer, Weißenburg, 1. März 1702. ÖStA KA HKR Akten Exp. 1702 November 238. fol. 66–67. – Der vom Gubernium erwähnte Gesetzartikel (Approbatæ Constituciones Pars 2, Tit. 7. Art. 1.) reguliert das Prozessverfahren gegen Verräter und sagt aus, dass die Entscheidung während des aktuellen Landtags getroffen werden muss. *Approbatæ*, 1653, 40–41.

³⁸ Er bezog sich dabei auf vom Ständepräsidenten István Haller eingelaufene Informationen. Diese sollten im Hof schon bekannt sein, denn Rabutin wurde im Dezember 1701 von Haller über das Examen seines walachischen Provisors von Weißenburg bezüglich Nagyszegis Angelegenheit informiert. Rabutin an Harrach, Hermannstadt, 11. Dezember 1701, Beilage: István Haller [an Rabutin], Klausenburg, 4. November 1701. ÖStA AVA FA Harrach Kt. 292.

³⁹ ÖStA KA HKR Akten Exp. 1702. November 238. fol. 39.

Nach einer Bittschrift von Sárosi verordnete Kaiser Leopold I. in seinem Dekret vom 13. Mai 1702 dem Gubernium, dem alten Protonotar eine Reise nach Wien zu ermöglichen, damit er sich rechtfertigen kann.⁴⁰ Sárosi wurde dementsprechend im Sommer 1702 in die Kaiserstadt geschickt.⁴¹ In seinem Empfehlungsbrief an Harrach hebte Rabutin die bisherigen Dienste von Sárosi hervor, andererseits weist er darauf hin, dass von ihm wertvolle Informationen über die Intrigen seiner Landsleute zu erwerben sind.⁴² Sárosi wandte sich bald an die Kommission für Siebenbürgen bzw. bat um die Unterstützung von Harrach, mit Betonung seiner bisherigen Treuen Dienst und Beilegung seiner Beschreibung der Ereignisse.⁴³ Daraus geht hervor, dass Nagyszegi zuerst mit einem Protest vor dem Protonotar erschien, der „schandbare Wörter“ und „schmachvolle Ausdrücke“ gegen Bischof Athanasius enthielt. Sárosi verweigerte die Ausstellung des Textes und schlug Nagyszegi vor, eine gebührende Version ausstellen zu lassen, was durch einen Kanzlisten geschah und sogar vom Bischof Athanasius selbst akzeptiert wurde. Sárosi habe den Text dieser mäßigen Variante weder verändert noch ausgedehnt, da die Ausstellung solcher Urkunden die Aufgabe der Kanzlisten ist. Er habe dieses gefertigte (und inzwischen mit gefährlichen Ergänzungen versehene – Zs. Sz.) Zeugnis im Zuge des eiligen Geschäftsgangs ohne jeglicher schlechten Absicht gutgläubig beglaubt, ohne sie durchzulesen, und habe nicht gewusst, dass der Text in vielen Exemplaren kopiert und verbreitet wird. Er habe deswegen nur einen leichten Fehler und keine schwere Sünde begangen, wofür er durch das fünfmonatige Gefängnis und die Verletzung seiner Reputation genug gelitten hat.⁴⁴ Aus seinem Geständnis ging also nicht hervor, von dem die zweite, mäßige Variante des Protestbriefs mit gefährlichen Ergänzungen versehen wurde.

Die immer noch ungeklärte Angelegenheit wurde im Sommer 1702 von den Wiener Behörden wieder aufgenommen. Nachdem sie am 20. Juli in der Kommission für Siebenbürgen behandelt worden war,⁴⁵ schickte der Hofkriegsrat der Siebenbürgischen Hofkanzlei am 25. Juli eine kurze Beschreibung der Geschehnisse (*Species facti*) mit Beilegung der Prozessakten zu. Darin wurde die Gefährlichkeit der Angelegenheit von Nagyszegi betont,⁴⁶ bezüglich des Prozesses drei Fragen gestellt und die Kanzlei angeordnet, ein Gutachten darüber zu formulieren und der Kommission für Siebenbürgen zuzuschicken. Im ersten Punkt wurde gefragt, ob Athanasius das Recht hatte, die Kirche der Weißenburger Nichtunierten zuzuschließen. Zweitens wurde die Frage gestellt, ob Nagyszegi rechtmäßig protestiert hat bzw. wegen welcher Sünden er angeschuldigt und wie über ihn geurteilt werden muss. Die dritte Frage bezog sich auf den möglichen Urteil über Sárosi und das Verfahren gegen Verfälschung, Majestätsbeleidigung, Hochverrat,

⁴⁰ MNL OL F 46 1701/326.

⁴¹ HKR Prot. Exp. 1701. Bd. 414. fol. 395r, 404r–v, 524r.

⁴² *Von dießen mann können die machinationes seiner patrioten am fuchligsten vernommen werden, womit er anitzo bey so hart von ihnen erlittenen verfahren desto ehender heraußbrechen dörffte, (...) er bey vorgewesten troublen von denen siebenbürgischen magnaten nit allein nach der Ottomanischen Porten gebrauchet worden, sonderen auch hernach ihre meiste angelegenheiten durch ihm tractirt seint.* Rabutin an Harrach, 17. Juni 1702, Hermannstadt. ÖStA AVA FA Harrach Kt. 291. (unter den Briefen aus Juni 1700 (!)).

⁴³ János Sárosi an die Kommission für Siebenbürgen. ÖStA KA HKR Akten Exp. 1702 November 238 fol. 68–69; János Sárosi an Harrach. Ebd. fol. 70–71. (Kopie) bzw. ÖStA AVA FA Harrach Kt. 344. (Original)

⁴⁴ *Species facti protestationis Nagyszegyanae coram prothonotario Transylvanico Sarosy institutae et extradatae, circumstantiis suis breviter descripta.* ÖStA KA HKR Akten Exp. 1702 November 238 fol. 20, 36.

⁴⁵ Aufzeichnung über die Sitzung der Kommission für Siebenbürgen vom 20. Juli 1702. ÖStA AVA FA Harrach Kt. 345.

⁴⁶ *Quam gravis, et sive ob malignam intentionem, sive in modo agendi ipso, seditionem ac tumultum praeferens, adeoque periculi plenus casus [...].* MNL OL B 2 1701/229.

Aufruhr, Konspiration, Tumult und ähnlicher Schulden gemäß den siebenbürgischen Landesgesetzen.⁴⁷

Bezüglich dieser Fragen stellte die Hofkanzlei in seinem Gutachten vom August 1702⁴⁸ fest, dass nach den Landesgesetzen die orthodoxe Gemeinde in Weißenburg das Recht hatte, zu protestieren. Denn gemäß dem Gesetz sollte der religiösen Minderheit eines Ortes der Gebrauch einer Kirche ermöglicht werden. Im Hinblick auf die zweite Frage führte die Kanzlei aus, dass in Siebenbürgen die Erhebung einer öffentlichen Protestation erlaubt ist, so hatte auch Nagyszegi das Recht darauf.⁴⁹ Sein Missbrauch bestand darin, dass er die Urkunden in vielen Exemplaren kopieren ließ, verbreitete und die Walachen in großer Zahl auf den nächsten Landtag aufbieten wollte. Außerdem übertritt er seine von den Weißenburger Orthodoxen erhaltene Bevollmächtigung, die er auf alle nicht unierte Walachen Siebenbürgens ausdehnte. Seine Absicht einer Aufwiegelung zum Aufruhr kann allerdings anhand von den Untersuchungen nicht bewiesen werden, außerdem kam seine Androhung von Rückeroberung der Kirchen zu keinem konkreten Ausgang. Deshalb kann er wegen dieser Sünde nicht für völlig schuldig gehalten werden.⁵⁰ „Aus politischen Überlegungen“, in Hinsicht auf den Stand in den benachbarten Ländern und zur Abschreckung schlug schließlich die Hofkanzlei vor, auf Verordnung des Guberniums und durch Mitwirkung des Fiskaldirektors in Siebenbürgen jedoch ein Prozess gegen Nagyszegi wegen Absicht von Aufwiegelung zum Aufruhr und Störung des gemeinsamen Friedens abzuführen. Schließlich hätte er dennoch die Möglichkeit, bei dem Herrscher um Gnade zu bitten, was ihm schließlich unter bestimmten Bedingungen gewährt werden könnte.

Hinsichtlich der dritten Frage machte die Kanzlei bekannt, dass Verfälschung, Hochverrat und ähnliche Sünden nach den siebenbürgischen Gesetzen durch Verlierung von Kopf und Güter gestraft werden.⁵¹ Ferner hebte sie hervor, dass die siebenbürgischen Gesetze die Verhaftung von Adeligen nur nach einem rechtmäßigen, vor dem Landtag geführten Prozess möglich ist.⁵² Andererseits bezog sie sich aber auch auf die Instruktion des Gubernators (1692), laut deren bestimmte gewichtige Sünden wie Majestätsbeleidigung, Hochverrat usw. eine Ausnahme machen.⁵³

Im Hinblick auf die Anklage gegen Sárosi wegen Urkundenfälschung bezog sich die Hofkanzlei auf die Geständnisse der Kanzlisten des Guberniums und meinte, dass die Protesturkunde von Nagyszegi selbst formuliert und den Kanzlisten zudiktirt wurde. Als ihm das Ergebnis vorgelesen wurde, habe er es approbiert. Sárosi habe den Text nicht ergänzt. Die Ausdehnung der Bevollmächtigung Nagyszegis fand sie jedoch augenfällig und bezog sich auf ein Geständnis des Kanzlisten Zsigmond Sándor, der seine diesbezügliche Schuldigkeit negierte und die Verantwortung auf Sárosi schob. Die Kanzlei meinte, dass Sárosi statt Urkundenfälschung nur wegen Nachlässigkeit angeklagt werden kann, da er aus Unachtsamkeit die Bevollmächtigung von Nagyszegi auf das „walachische

⁴⁷ MNL OL B 2 1701/229. Auszug bei NILLES, 1885, 331–335.

⁴⁸ Die Siebenbürgische Hofkanzlei an die Kommission für Siebenbürgen, Wien, 17. August 1702. HKR Akten Exp. 1702 November 238 fol. 23–28. [ferner: Gutachten Hofkanzlei]. Eine kürzere, wahrscheinlich vorgängige Version s. DRAGOMIR, 1920, Anexe 4.

⁴⁹ Bei den ersten zwei Fragen bezog sich die Kanzlei auf Appr. Const. Pars I. Tit. 1. Art. 7. bzw. Pars IV. Tit. 1. Art. 46. Vgl. *Approbatae*, 1653, 4–5, 188.

⁵⁰ *Nagyszegius, cancellariae hujus judicio, seditiois, vel tumultus concitandi alicujus conatus, omnino reus judicari, de jure regni posse, non censetur [...]*. Gutachten Hofkanzlei, ebd.

⁵¹ Dabei wurde auf Appr. Const. Pars. II. Tit. 7. berufen. Siehe *Approbatae*, 1653, 40–42.

⁵² Vgl. Appr. Cons. Pars I. Tit. VI. Art. 3. Siehe *Approbatae*, 1653, 77.

⁵³ ÖStA KA HKR Akten Exp. 1702 November 238 fol. 29. Vgl. SzÁSZ, [1833], 409–419. Punkt 6.

Volk" (*gens Valachicae*) ausdehnte. Ihm und eventuell den Kanzlisten sollte die Ablegung eines Reinigungseids (*juramentum purgatorium*) anbefohlen werden.⁵⁴

Nachdem die Angelegenheit von Nagyszegi und Sárosi in der Kommission für Siebenbürgen im Oktober mehrmals behandelt wurde,⁵⁵ informierte sie den Herrscher am 6. November in einem Gutachten über den Prozess, mit Formulierung eines Vorschlags. Die Kommission brachte für Sárosi vor, dass er, sobald er über die Verbreitung des gefährlichen Protests informiert wurde, das Original Exemplar von Nagyszegi entriss und Gegenmandate ausließ. Sie war der Meinung, dass der Protonotar wegen keiner formalen Verfälschung angeschuldigt werden kann. Hinsichtlich eines finalen Prozesses gegen Nagyszegi und des Reinigungseids von Sárosi war die Kommission mit der Hofkanzlei einverstanden und sie hobte hervor, dass für Sárosi viele eingetreten haben: sowohl der kommandierende General Rabutin und Kammerkommissar Seeau, als auch das Gubernium, die Siebenbürgische Hofkanzlei, die katholischen Magnaten und Klerus, und sogar Bischof Athanasius. Sie schlug dem Kaiser vor, Sárosi zu begnadigen, aber vorher sollte ihm von der Hofkanzlei klar gemacht werden, dass er wegen seiner höchstgefährlichen Misshandlung und des schlechten Beispiels anders hätte behandelt werden können. Kaiser Leopold I. bestätigte die Vorschläge der Kommission am 11. November 1702.⁵⁶

Die formelle Untersuchung der Weißenburger Protestaktion wurde von Seite des Wiener Hofes mit dieser kaiserlichen Resolution im Großen und Ganzen abgeschlossen. Nachdem Sárosi im November 1702 das Reinigungseid in Wien abgelegt hatte,⁵⁷ wurde er in sein Amt zurückgestellt, jedoch starb er schon im nächsten Jahr.⁵⁸ Der Prozess von Nagyszegi wurde vor dem siebenbürgischen Landtag 1703 und 1704 fortgesetzt, aber wegen der Kriegereignisse des Rákóczi-Aufstands (1703–1711) nicht richtig vollendet. Schließlich wurde Nagyszegi auf die Initiative des Guberniums,⁵⁹ durch die Verordnung des Hofkriegsrats (15. November 1706) im Jahr 1707 vom Hermannstädter Gefängnis freigelassen, so dass ihm *die statt zum arrest* verordnet wurde.⁶⁰

Eine offen gebliebene Frage für die Nachzeit blieb die Anteilnahme der von Rabutin schon im Herbst 1701 angegebenen Personen, die die Protestaktion eingeblassen oder beeinflusst hätten.⁶¹ Dass die ersten Vermutungen von Rabutin im Wiener Hof ernst genommen wurden, darüber zeugt eine Aufzeichnung des Hofkriegsrats vom Anfang Juli 1702: *Were nötig die relation uber den Nagyszegischen inquisitions process dermahleins abzulesen und was mit ihme Nagyszeghy weiters zuthuen seie, zu resolviren. Doch darbey (si adsint Transylvani) zwey puncten nehlich, was wider den fürsten von Wallachey super*

⁵⁴ Gutachten Hofkanzlei, Ebd. Die Geständnisse der Gubernialkanzlisten sind in den Prozessakten leider nicht erhalten geblieben, so konnte bis jetzt nicht rekonstruiert werden, wie genau die mäßige Variante des Protests mit den „gefährlichen Ergänzungen“ versehen wurde.

⁵⁵ Proponenda ex parte Consilii Bellici in Conferentia Transylvanica die 16. Octobris bzw. 30. Octobris (1702) ÖStA AVA FA Harrach Kt. 345.

⁵⁶ Gutachten der Kommission für Siebenbürgen und kaiserliche Resolution, 6. und 11. November 1702. ÖStA KA HKR Akten Exp. 1702 November 238 fol. 72–84.

⁵⁷ Die Siebenbürgische Hofkanzlei an die Kommission für Siebenbürgen, Wien, 25. November 1702. MNL OL B 2 1702/229/g.

⁵⁸ ÖStA KA HKR Prot. Exp. 1703. Bd. 418. fol. 389v.

⁵⁹ Die Siebenbürgische Hofkanzlei an das Gubernium, Wien, 25. Oktober 1706. MNL OL F 46 1706/201. Vgl. MNL OL B 2 1706/39 (Konzept).

⁶⁰ ÖStA KA HKR Akten Reg. 1706 November 197; ÖStA KA HKR Prot. Exp. 1707. Bd. 444. 388v–389r.

⁶¹ In der Historiographie ist die Meinung bezüglich der Anteilnahme der Protestanten von Siebenbürgen seit dem 19. Jahrhundert bis heute anwesend. S. SZIRTES, 2018, 351–352.

*complicitate inquirirt worden und dann die attestation GG⁶² worinnen einige magnates conscii et approbatores der Nagyszeghischen protestation angegeben worden, außzulassen.*⁶³ Es weist auf eine außerordentliche Behutsamkeit des Hofkriegsrats, dass er während der Beratungen über siebenbürgische Angelegenheiten die Informationen bzw. den Verdacht bezüglich einer Verbindung zum Fürsten von Walachei und der Anteilnahme der vornehmen Protestanten vor den siebenbürgischen Teilnehmer verdecken wollte.

Jedoch war der reformierte Kanzler Miklós Bethlen, einer der wichtigsten Verdächtigten, anscheinend im Klaren darüber. In seiner Lebensbeschreibung und seiner Korrespondenz scheint er sich gegen eine unausgesprochene Anklage bezüglich Nagyszegis Aktion zu verteidigen.⁶⁴ Obwohl seine diesbezügliche Tätigkeit aus den Prozessakten nicht bewiesen werden kann, ist seine Teilnahme gut vorstellbar. Er hat 1692 im Lauf der Kirchenunion der Armenier von Siebenbürgen eine Gegenposition aufgenommen.⁶⁵ Außerdem hatte er als Obergespan einen Einfluss auf Komitat Maramuresch, das in dieser Zeit als eine Pufferzone zwischen Siebenbürgen und Oberungarn bildete und dadurch eine Verbreitung der Union nach Siebenbürgen hindern konnte.⁶⁶

Es ist merkwürdig, dass die im Nagyszegi-Prozess verdächtigten, aber während des offiziellen Prozessvorgangs nicht verhörten Personen innerhalb von einigen Jahren von der politischen Schaubühne Siebenbürgens verschwanden: Dindár, der Sekretär von Brâncoveanu wurde vom Land vertrieben,⁶⁷ der Hermannstädter Königsrichter Harteneck 1703 im Folge eines Doppelprozesses hingerichtet,⁶⁸ Kanzler Bethlen im Jahr 1704 verhaftet und Opfer eines langwierigen Prozesses geworden.⁶⁹ Es ist gut vorstellbar, dass zu diesen Maßnahmen der Verdacht gegen sie bezüglich des Nagyszegi-Prozesses beigetragen hat.⁷⁰

ZUSAMMENFASSUNG

Der Prozess von Nagyszegi und Sárosi spiegelt jedoch nicht nur die konfessionspolitischen Probleme des neu eroberten Siebenbürgens, sondern auch den provisorischen und übergängigen Charakter des Rechtssystems. In den unterschiedlichen Gutachten ist einerseits eine Kontroverse zwischen dem Reichs- und dem siebenbürgischen Landesrecht, andererseits die Unerfahrenheit der Zentralbehörden bezüglich des Rechtssystems in der neu eroberten Provinz zu sehen.

Im Hinblick auf den Kirchengebrauch der Weißenburger Orthodoxen bezog sich der Generalauditor zum Beispiel auf einen Punkt des Augsburger Religionsfriedens (1555), mit Hervorhebung seiner Unbewandertheit in ungarischen Angelegenheiten.⁷¹

⁶² István Haller an Rabutin, Szentpál, 15. Dezember 1701. ÖStA KA HKR Akten 1702 Exp. 1702 November 238 fol. 62–63. (Beilage Gg). Vgl. Rabutin an Harrach, Hermannstadt, 11. Dezember 1701, Beilage: István Haller an Rabutin, Klausenburg, 4. November 1701. ÖStA AVA FA Harrach Kt. 292.

⁶³ Anno 1702. den 6. July in deputatione Transylvanica von des Kay. Hoffkriegsraths wegen vorzutragen. ÖStA KA HKR Akten Exp. 1703 März 313 fol. 8–9.

⁶⁴ SZIRTES, 2018, 352–353, 375.

⁶⁵ NAGY, 2008, 269–277; NAGY, 2011, 296–300; NAGY, 2012, 145–151.

⁶⁶ GHITTA, 1994, 95–98.

⁶⁷ HURMUZAKI, 1881, 69; DRAGOMIR, 1920, 68.

⁶⁸ ZIEGLAUER, 1869.

⁶⁹ JUHÁSZ, 1945.

⁷⁰ Andererseits ist hervorzuheben, dass ein Teil der Nagyszegi-Prozessakten nicht erhalten geblieben sind.

⁷¹ *De imperio loquor, de Ungaria non admodum gnarus.* Selzers Bericht 54r–55r.

Demgegenüber führte die Siebenbürgische Hofkanzlei in dieser Frage die *Approbatae Constitutiones* an. Selzer hatte außerdem vor, den Adligen Sárosi trotz des Verbots der siebenbürgischen Gesetze zu verhaften und zu verhören, was vom Gubernium verweigert wurde. Solche Fragen wie die Art und Weise des Protestierens und besonders die Bestrafung von Majestätsbeleidigung und anderer gewichtiger Verbrechen bzw. die Verhaftung von Adligen waren für den Hofkriegsrat und die Kommission für Siebenbürgen kaum bekannt. Die Siebenbürgische Hofkanzlei führte ihre Meinung diesbezüglich wie auch über die Folter aus, und weist dabei auf Eigenheiten des siebenbürgischen Rechtssystems.⁷²

Anhand davon schlug die Kommission für Siebenbürgen vor, das einander oft widersprechende ungarische und siebenbürgische Rechtssystem zu vereinigen und zu korrigieren, das als *Codex Leopoldinus* genannt werden könnte.⁷³ In seiner Resolutio betonte Kaiser und König Leopold I. die Notwendigkeit einer Reforms der ungarischen und siebenbürgischen Gesetze, wofür er an Gelehrten nicht mangelt. Jedoch hebte er hervor, dass diese *in Ungaricis et politicis* bewandert sein müssen, damit das *große Werk* beständig wird.⁷⁴

Die Vereinheitlichung der Strafprozesse innerhalb der Habsburgermonarchie verzögerte sich in der Tat bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Obwohl Maria Theresia 1769 – ähnlich wie in Ungarn – in Siebenbürgen die Adaptierung der 1768 erlassenen *Constitutio Criminalis Theresiana* verordnete, es erfolgte 1774 immer noch nicht (wie auch in Ungarn offiziell nicht eingeleitet wurde).⁷⁵ Bis zu den strafrechtlichen Reformen Josephs II. (1787) wurden in siebenbürgischen Strafprozessen auf unterschiedliche Rechtsnormen bezogen.⁷⁶

ZSÓFIA SZIRTES

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

UNGEDRUCKTE QUELLEN

ÖStA Österreichisches Staatsarchiv

KA Kriegesarchiv

HKR Akten Hofkriegsrat Akten

HKR Prot. Hofkriegsrat Bücher

AVA Allgemeines Verwaltungsarchiv

⁷² [...] *qui nec minimum nobilium tortura ad confitendum cogere permittit quia in Transylvania tortura est postquam aliquis convictus fuerit ex plebeis poenae et non processus seu inquisitionis species ut in jure civili.* Gutachten Hofkanzlei.

⁷³ Gutachten der Kommission für Siebenbürgen und kaiserliche Resolution, 6. und 11. November 1702. Ebd.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ KULCSÁR, 2014, 29.

⁷⁶ HAJDU, 1989, 226–230.

- FA Harrach Familienarchiv Harrach
- FHKA Finanz- und Hofkammerarchiv
- HFU Sieb. Hofffinanz Ungarn, Siebenbürgische Kameralverhandlungen
- MNL OL Magyar Nemzeti Levéltár Országos Levéltára (Ungarisches Nationalarchiv)
- B 2 Registratur der Siebenbürgischen Hofkanzlei, Acta generalia
- F 46 Gubernium Transylvanicum (in politicis), Akten

GEDRUCKTE QUELLEN

Approbatae, 1653: *Approbatae Constituiones Regni Transylvaniae et Partium Hungariae eidem annexarum [...]*, Varadini, 1653.

(https://rmk.hungaricana.hu/hu/view/RMK_I_878/?r=0&pg=6&layout=s, letzter Zugriff: 29.04.2019)

NILLES, 1885: Nicolao NILLES S. J., *Symbolae ad illustrandam historiam ecclesiae orientalis in terris coronae S. Stephani, Bd. 1*, Oeniponte, 1885.

SZÁSZ, [1833]: Carolus SZÁSZ de Szemeria (Ed.), *Sylloge Tractatum aliorumque actorum publicorum historiam et argumenta B. Diplomatis Leopoldini, Resolutionis item quae Alvincziana vocatur, illustrantium*, Claudiopolis, [1833.]

LITERATUR

BAHLCKE – ZACH (Hg.), 2007: Joachim BAHLCCKE – Krista ZACH (Hg.), *Kirche – Staat – Nation. Eine Geschichte der katholischen Kirche Siebenbürgens vom Mittelalter bis zum frühen 20. Jahrhundert. Az Erdélyi Katholicizmus múltja és jelene. Aus dem Ungarischen von Juliane Brandt, Erzsébet Schock, Michael Schock und Adalbert Tóth. (Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas, Wissenschaftliche Reihe (Geschichte und Zeitgeschichte), Bd. 98)*, München, 2007.

BÍRÓ, Herrschaftswechsel: Vencel BÍRÓ, *Der Herrschaftswechsel (1690–1716)*, in: BAHLCCKE – ZACH (Hg.), 2007, 117–133.

DOBREI, *Țirca*: Florin DOBREI, *Iov Țirca (Circa) – un ierarh contestatar al unirii românilor ardeleni cu Biserica Romei. Iov Țirca (Circa) – Ein Hierarch und Gegner der Union der Siebenbürger Rumänen mit der Kirche Roms*, in: MARTE – IONIȚĂ – MĂRZA – STANCIU – SUTTNER (Hg.), 2010, 322–347.

DRAGOMIR, 1920: Silviu DRAGOMIR, *Istoria Desrobirei Religioase a Românilor din Ardeal în secolul XVIII [Die Geschichte der religiösen Befreiung der siebenbürgischen Rumänen im 18. Jahrhundert]*, Bd. 1, Sibiiu, 1920.

DUMITRAN, Formen: Daniel DUMITRAN, *Forme ale definirii identitare în Transilvania veacului al XVIII-lea. Exemplul românilor neuniți. Formen der Identitätsbestimmung in Siebenbürgen im 18. Jahrhundert. Das Beispiel der Nicht-Unierten Rumänen*, in: MARTE – IONIȚĂ – RAPPERT – STANCIU – SUTTNER (Hg.), 2015, 698–737.

GHITTA, 1994: Ovidiu GHITTA, *The Problem of the region of Maramureș within the relations between the bishops of Alba Iulia-Făgăraș and Mukacevo in the beginning of the XVIIIth century. Implications of a controversy*, in: Colloquia. Journal of Central European History, 1 (1994), 95–113.

GÚDOR, Protestantismus: Kund Botond GÚDOR, *Protestantismul transilvănean în secolul al XVIII-lea. Der siebenbürgische Protestantismus im 18. Jahrhundert*, in: MARTE – IONIȚĂ – RAPPERT – STANCIU – SUTTNER (Hg.), 2015, 448–527.

GYÁRFÁS, Union: Elemér GYÁRFÁS, *Die Union der Siebenbürger Rumänen. Der Aufbau einer griechisch-katholischen Kirchenorganisation*, in: BAHLCKE – ZACH (Hg.), 2007, 137–156.

HAJDU, 1989: HAJDU Lajos: *Bűnözés és büntetőbíráskodás Erdélyben (valamint a Partiumban) a jozefinista büntetőjogi reformok előtti években [Kriminalität und Strafgerichtsbarkeit in Siebenbürgen (und im Partium) in den Jahren vor den josephinistischen strafrechtlichen Reformen]*, in: Levéltári Közlemények, 60 (1989), 219–321, 226–230.

HURMUZAKI, 1881: Eudoxius Freiherr von HURMUZAKI, *Fragmente zur Geschichte der Rumänen*, Bd. 2, Bucuresci, 1881.

JUHÁSZ, 1945: István JUHÁSZ, *Bethlen Miklós politikai pere [Der politische Gerichtsprozess von Miklós Bethlen]*, Kolozsvár, 1945.

KULCSÁR, 2014: KULCSÁR Krisztina: *Idegenként a Hétszemélyes Tábla élén. Albert szász-tescheni herceg elnöksége (1766–1781) [Als Fremde auf der Spitze der Septemviraltafel. Das Präsidium von Herzog Albert von Sachsen-Teschen]*, in: BÓDINÉ BELEZNAI Kinga (Hg.), *A Kúria és elnökei I.* (Bibliotheca Curiae), Budapest, 2014, 17–32.

MARTE – IONIȚĂ – MÁRZA – STANCIU – SUTTNER (Hg.), 2010: Johann MARTE – Viorel IONIȚĂ – Iacob MÁRZA – Laura STANCIU – Ernst Christoph SUTTNER, *Die Union der Rumänen Siebenbürgens mit der Kirche von Rom, Bd. 1. Von den Anfängen bis 1701. Unirea Românilor Transilvăneni cu Biserica Romei, Vol. 1. De începuturi până în anul 1701*, București, 2010.

MARTE – IONIȚĂ – RAPPERT – STANCIU – SUTTNER (Hg.), 2015: Johann MARTE – Viorel IONIȚĂ – Wolfgang Nikolaus RAPPERT – Laura STANCIU – Ernst Christoph SUTTNER, *Die Union der Rumänen Siebenbürgens mit der Kirche von Rom, Bd. 2. Von 1701 bis 1761. Unirea Românilor Transilvăneni cu Biserica Romei, Vol. 2. De la 1701 până în anul 1761*, București, 2015.

NAGY, 2008: Kornél NAGY, *Emlékirat az erdélyi örmények egyházáról (Az 1693. évi Fidelis relatio) [Denkschrift über die Kirche der siebenbürgischen Armenier. (Die Fidelis relatio aus dem Jahr 1693)]*, in: Történelmi Szemle, 50 (2008) 2, 251–285.

NAGY, 2011: Kornél NAGY, *Az erdélyi örmények hitvallása 1692-ből [Das Glaubensbekenntnis der siebenbürgischen Armenier aus dem Jahr 1692]*, in: *Történelmi Szemle*, 53 (2011), 2, 283–313.

NAGY, 2012: NAGY Kornél, *Az erdélyi örmények katolizációja (1685–1715) [Die Katholisierung der siebenbürgischen Armenier (1685–1715)]*, Budapest, 2012.

NAGY, 2018: Levente NAGY, *Kálvinista és/vagy katolikus unió. A reformáció helyzete az erdélyi románok közt a 17. század végén [Kalvinistische und/oder katholische Union. Die Lage der Reformation unter den siebenbürgischen Rumänen am Ende des 17. Jahrhunderts]*, in: *Századok* 152 (2018) 3, 623–650.

SIENELL, 2001: Stefan SIENELL, *Die geheime Konferenz unter Kaiser Leopold I. Personelle Strukturen und Methoden zur politischen Entscheidungsfindung am Wiener Hof*, Frankfurt am Main, 2001.

SIPOS, 2005: Gábor SIPOS, *Unirea religioasă și antecedentele ei în relațiile calvino-ortodoxe din Transilvania (1660–1710) [Die religiöse Union und ihre Vorgeschichte in den kalvinistisch-orthodoxen Beziehungen von Siebenbürgen]*, in: *Annales Universitatis Apulensis Series Historica*, 9 (2005) 2, 27–30.

SIPOS, Hátszeg: Gábor SIPOS, *A reformáció továbbélése a hátszegi románok között [Das Weiterleben der Reformation unter den Rumänen von Hatzeg]*, in: DERS., *Reformata Transylvania. Tanulmányok az erdélyi református egyház 16–18. századi történetéhez*, Kolozsvár, 2012, 211–221.

SUTTNER, 2008: Ernst Christoph SUTTNER, *Die Siebenbürger Kirchenunion an der Wende zum 18. Jahrhundert*, in: *Annales Universitatis Apulensis. Series Historica*, 12 (2008) 1, 7–41.

SZIRTES, Rabutin: Zsófia SZIRTES: *A románok vallási uniója Rabutin főparancsnok szemével. Nagyszegi, Sztojka és a protestáns elit 1701-ben [Die religiöse Union der Rumänen mit den Augen des kommandierenden Generals Rabutin. Nagyszegi, Sztojka und die protestantische Elite im Jahr 1701]*, in: Dávid DIÓSI – József MARTON (Hg.), *Catholice reformare. A katolikus egyház a fejedelemség korában [Die katholische Kirche in der Fürstenzeit]*, Budapest/Kolozsvár, 2018, 343–381.

I. TÓTH, 1998: Zoltán I. TÓTH, *Az erdélyi román nacionalizmus első százada 1697–1792 [Das erste Jahrhundert des siebenbürgisch-rumänischen Nationalismus]*, Csíkszereda, ²1998.

TRÓCSÁNYI, 1988: Zsolt TRÓCSÁNYI, *Habsburg-politika és Habsburg-kormányzat Erdélyben 1690–1740 [Die Politik und Verwaltung Habsburgs in Siebenbürgen 1690–1740]*, Budapest, 1988.

VRIES, Union: Wilhelm de VRIES, *Die Union der Rumänen (1697 bis 1701)*, in: DERS., *Rom und die Patriarchate des Ostens. Unter Mitarbeit von Octavian BÂRLEA, Josef GILL, Michael LACKO.*, Freiburg/München, 1963, 132–180.

ZIEGLAUER, 1869: Ferdinand von ZIEGLAUER, *Harteneck, Graf der sächsischen Nation, und die siebenbürgischen Parteikämpfe seiner Zeit. 1691–1703*, Hermannstadt, 1869.